

ARBEITSBERICHT

1969

(1. 1. — 31. 12. 1969)

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

(Archiv für Wohlfahrtspflege)

Stiftung bürgerlichen Rechts

1 Berlin 33 (Dahlem) - Miquelstraße 83

Fernsprecher: 76 40 82 <832 84 82>

Postscheck-Kto.: Bln.-West 599 97

Bank-Kto.: Bank für Handel und Industrie, Depka 20, Kto. 201 026, 1 Berlin 31, Hohenzollerndamm 174/177

Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für
soziale Fragen (Archiv für Wohlfahrtspflege)

Postscheck-Kto.: Bln.-West 153 15

Bank-Kto.: Bank für Handel und Industrie, Depka 20, Kto. 209 341, 1 Berlin 31, Hohenzollerndamm 174/177
Bank für Gemeinwirtschaft, Kto. 34 40, 1 Berlin 11, Postfach 110109

Vorstand Senat von Berlin (Vorsitzender)

Vertreter: Senator Dr. Klaus Bodin

Deutscher Städtetag (stellv. Vorsitzender)

Vertreter: Beigeordneter Dr. Konrad Elsholz

Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Vertreter: Dipl.-Kaufmann Walther Döring † 15. 9. 1969*

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Vertreter: Dr. Eleonore Lipschitz

Förderer-Verein Der Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen teilt Vorstand und Geschäftsführung mit dem Institut; er nimmt die Beiträge der Mitglieder entgegen und ist für die Förderung des Instituts verantwortlich.

Geschäfts-führung Dr. Sofie Quast

Beirat Bundesministerien

für Arbeit und Sozialordnung: Min. Rat Dr. Helmut Malzahn
für Gesundheitswesen: Min. Rat Dr. med. Bialonski
des Innern: Min. Rätin Ursula Pietsch

Bundesanstalt

für Arbeit: Präsident Josef Stingl

Soziale Länderministerien

Baden-Württemberg: **)
Bayern: Min. Dirig. Wilhelm Knies
Bremen: **)
Hamburg: **)
Hessen: Reg. Dir. Dr. Schubert
Niedersachsen: Min. Rat Willi Hoppe
Nordrhein-Westfalen: Ltd. Min. Rat P. Steffen
Rheinland-Pfalz: **)
Saarland: Reg. Dir. Otto Bitz
Schleswig-Holstein: Reg. Dir. Bosse

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Das Diakonische Werk – Innere Mission und Hilfswerk – der evang. Kirche in Deutschland: Dipl.-Volkswirt Christine Winzler
Deutscher Caritasverband e. V.: Caritasdirektor Dr. Johannes Tobei
Arbeiter-Wohlfahrt der Stadt Berlin e. V.: Dr. Eleonore Lipschitz
Deutsches Rotes Kreuz: Herbert C. Stamm
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V.: Helga Danzig
Zentral-Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.: Gertrud Hoffnung

*) ab 7. 1. 1970 Dipl.-Volkswirt Gerhard Severon

**) hat keinen bestimmten Vertreter ernannt; will als Behörde mitarbeiten.

Wirtschaft

Deutscher Industrie- und Handelstag: Sigmund Freiherr v. Rotberg
Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie: Hans-Joachim Scholz
Siemens AG.: Dipl.-Ing. Dr. Carl-Hubert Schwennicke
AEG/Telefunken: Prokurist Heinz Walter
Osram GmbH.: Generalbevollmächtigter Dr. W.-Ernst Bothe

Wissenschaft

Stifterverband f. d. Deutsche Wissenschaft e. V.: Helmut Denschel
Freie Universität Berlin: Prof. Dr. Horst Sanmann
Technische Universität Berlin: Prof. h. c. Dr. sc. techn. R. Gregorig

Sozialversicherung

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger: Dir. a. D. Arthur Jacob

Gewerkschaften

Deutsche Angestelltengewerkschaft: Hilde Jechow
Deutscher Gewerkschaftsbund: Fritz Giersch

Fachorganisation

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge:
Dir. Wyneken Kobus

Persönlichkeiten

Senator a. D. Eduard Bernoth, Berlin
Dr. Franz v. Cosel, Berlin
Senator a. D. Kurt Exner, Berlin
Direktor Robert Jentsch, Berlin
Senatorin a. D. Ella Kay, Berlin
Prof. Dr. Stephanie Münke, Berlin
Sen. Dir. Gerhard Naulin, Berlin
Präsident Hans Potratz, Berlin, † 28. 2. 1969
Sen. Dir. a. D. Dr. Lothar Rosenberg, Berlin
Stadtdirektor a. D. A. Schell, Mannheim
Oberreg. Rätin Margarete Ultsch, München

Die Vorstandssitzung fand am 28. 5. 1969 statt; sie vollzog die turnusmäßige **Vorstandssitzung**
Wiederwahl des Belrates; seine Amtszeit läuft bis zum 28. 5. 1972.

Rechnungsprüfung Für 1967 und 1968 ist die übliche Finanzprüfung durch die WIBERA, weitere Prüfungen der Jahresrechnung 1968 durch die Rechnungsprüfungsstelle der Senatsverwaltung für Arbeit, Gesundheit und Soziales und für die von der Deutschen Klassenlotterie zugewendeten Mittel durch deren Revisionsgesellschaft erfolgt; es wurden keine Beanstandungen erhoben.

Der Finanzbericht für 1969 ist den Mitgliedern am 23. 1. 1970 zugegangen.

Jubiläumsfonds Der Jubiläumsfonds reichte für die ursprünglich beabsichtigten Zwecke nicht aus. Die Mitglieder stimmten zu, ihn für die Rationalisierung in den Abteilungen u. **Rationalisierung** Organisation zu nutzen. Mit der Umstellung der 4 Abschnitte Berlin/Deutschland/Ausland/International auf Hängeregistratur wurde begonnen.

Besuch des Instituts für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen des Landes NRW., Bielefeld, um mit dem Leiter zu prüfen, wie weit die maschinelle Einrichtung seiner kleinen Dokumentation Anregungen zu geben vermag.

Mitarbeiter Im Durchschnitt des Jahres wurden 16 Kräfte, davon 2 halbtags und eine $\frac{2}{3}$ tätig, daneben 6 Altersbeschäftigte stundenweise, 2 davon halbtätig. Das Einbinden von Zeitschriften geschah durch eine Studentin.

Aus Mitteln der Deutschen Klassenlotterie arbeitete eine Stundenkraft mit wechselnder Arbeitszeit für die Katalogisierung von Büchern und Zeitschriften.

Im Rahmen des Programms waren 8 Notstandsangestellte bewilligt; durchschnittlich standen 6 zur Verfügung. Einige hatten außergewöhnlich hohe Fehlzeiten. Insgesamt sank die Zahl ab September auf 4 bis 1.

Unser Dank gebührt den ehrenamtlichen Mitarbeitern. 1969 halfen 5 bei der Bewältigung der Arbeit; einer das ganze Jahr halbtätig, die anderen mit unterschiedlichen Zeiten und Stundenzahlen.

Tätigkeit Der Tätigkeitsbereich ist unverändert das Gesamtgebiet der Sozialfragen; er schließt u. a. Sozialpolitik, Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt, Gesundheitswesen, Bevölkerungspolitik, das Arbeitswesen, die Sozialversicherung, Wohnungswesen, Lebenshaltung, Betriebsfürsorge, Fragen der Sozialberufe und der sozialen Ausbildung ein.

Sammlungen Folgende Sammlungsabschnitte werden geführt:

- Bibliographische Abteilung
- Soziale Fachbücherei
- Zeitungsmaterial
- Berlin
- Bundesgebiet und DDR
- Ausland und International
- Betriebsfürsorge

Alle Sammlungen werden durch 2295 regelmäßig gelesene Fachzeitschriften, durch die Auswertung der neu eingestellten Bücher und Broschüren, durch die Eingliederung von Materialien — Jahresberichten, Hausordnungen usw. — auf dem laufenden und damit auskunftsbereit gehalten.

Die Auswertung erfolgt auf Anfrage und durch eigene Initiative. Aus den Unterlagen der Berliner Sammlung wird seit 1896 das Graubuch, der Führer durch das soziale Berlin erstellt; die letzte Auflage von 1965 ist durch bisher 6 Nachträge auf dem laufenden gehalten worden. Der Nachtrag 7 wird im Juni 1970 erscheinen.

Graubuch

Ende Oktober übernahm das Institut vom Berliner Frauenbund von 1945 diese Stiftung, d. h. ihre Bibliothek und das Archiv. Die Materialien stehen Interessenten in gleicher Weise wie die übrigen Institutsbestände zur Verfügung.

Helene-Lange-Stiftung

13 alphabetische und systematische Kataloge schließen alle Sammlungsteile auf. Dazu gehört eine Typenkartothek, die Material ausweist, das neuartige Versuche oder Standardlösungen, Modelleinrichtungen zeigt.

**Kataloge
Typen-
kartothek**

Daneben besteht ein Schlagwortkatalog, heute Thesaurus genannt, der alle vorkommenden Begriffe mit dem Hinweis enthält, wo entsprechendes Material zu finden ist.

Thesaurus

Zusätzlich wird eine Kartothek derjenigen geführt, die allein oder im Zusammenhang mit Einrichtungen oder Organisationen negativ aufgefallen sind.

**Schwindler-
kartothek**

Ein erheblicher Teil der regelmäßig gelesenen Zeitschriften geht unentgeltlich ein, daneben Freiemplare von Büchern, Einzelhefte von Zeitschriften und Organisationsmaterialien; die großen Berliner Tageszeitungen stellen seit Jahren Freiemplare zur Verfügung.

**Material-
spenden**

Spender waren:

Dr. Aenne Addicks, Bremen — AOK, Berlin — Hans-Hermann Auersch, Berlin — Ernst Barth, Berlin — Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg — Wolfgang Gernert, Paderborn — Vera Görlitz, Berlin — Ralf-Jürgen Gregor, Berlin — O. Heerdegen, München — Helene-Weber -Akademie, Berlin — Dr. Margarete Junk, Stuttgart — Margot Krohn, Berlin — Stadtverwaltung Ludwigshafen/Rh. — Prof. Dr. med. W. Maassen, Bundesgesundheitsamt, Berlin — Irmgard Moller, Berlin — M. Ormanns, Frankfurt/M. — Frau Pauke, Berlin — Pfarrer Dr. Poelchau, Berlin — Frau Potratz, Berlin — Peter Reinecke, Berlin — Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Berlin — Dr. med. Ilse Szagunn, Berlin — Erwin Weide, Berlin — Elisabeth Wolf, Berlin.

Im Benutzerverkehr wird unabwendbar Material verschlissen, daher sind Bücher, Zeitschriften, Jahresberichte, Hausordnungen, kurz alles, was sozial oder sozialverwandt ist und nicht mehr benötigt wird, immer willkommen; solche Spenden ermöglichen, Material auszuwechseln und Lücken, die Ausbombung oder Verlust im Benutzerverkehr entstehen ließen, zu füllen.

Auskunft, Beratung und Ausleihe sind für Mitglieder unentgeltlich; Nichtmitglieder entrichten Benutzergebühren.

**Benutzungs-
bedingungen**

Die Leihfrist beträgt 3 Wochen, für vielgebrauchtes Material 10 Tage; Kommentare, gebundene Zeitschriften und nicht ersetzbare Stücke können nur im Institut eingesehen werden. Jeder Versand von Leihstücken erfolgt immer auf Gefahr des Bestellers; Portokosten müssen auch von Mitgliedern ersetzt werden.

Anfragen Die vielfältigen Anfragen gehen telefonisch, mündlich und schriftlich ein.

Gefragt wird neben dem Nachweis von Gesetzen, Literatur, behördlichen und freien Einrichtungen, Methoden der Arbeit auch alles, was nur losen Zusammenhang mit sozialen Problemen hat.

Zahl der Auskünfte 1969 wurden rd. 30 000 Auskünfte erteilt; darunter wurden an 2950 Benutzer 16 727 Stücke ausgeliehen.

Seit 1967 hat die zunehmende Zahl von Anfragen dazu geführt, daß nicht bei jeder Auskunft alle Unterlagen automatisch mitgesandt werden, sondern nur diejenigen, die der Anfragende am Heimatort nicht erhalten kann. Studierende der sozialen Fachschulen sollen außerdem das Zeitschriftenmaterial selbst in der Bibliographie, die das Institut monatlich in der Zeitschrift „Soziale Arbeit“ veröffentlicht, heraussuchen.

Wer fragt Materialanforderungen werden in großem Umfang von leitenden und durchführenden Persönlichkeiten der Ministerien des Bundes und der Länder, den Gremien der Sozialversicherung, von Städten und Städteverbänden, von der Wirtschaft und vom Ausland gestellt.

Anforderungen aus dem Ausland nehmen an Zahl und fachlichem Gewicht zu.

Bundespräsident Der Bundespräsident und Frau Hilda Heinemann konnten in Sozialfragen beraten werden. Am 3. 12. 1969 besuchte Frau Heinemann das Institut.

und Sie fragte u. a.: Ablösung der üblichen Weihnachtsgeschenke an Diplomatenkinder durch gezielte soziale Hilfe für bestimmte Organisationen. Nachweis von geeigneten Einrichtungen.

Bundespräsidialamt Exposé über Übergangsheime für Gemüts- und geistig Erkrankte, die nicht in der Anstalt sein müssen; Nachweis der Einrichtungen, die bestehen; Vorschläge für Kuratorium.

Ministerien des Bundes und der Länder Ministerien fordern für Sitzungen, Fachbesprechungen, für Referenten-Entwürfe und Gesetzesänderungen, für die Herausgabe von Richtlinien und Anweisungen Unterlagen über praktische Erfahrungen, Material über Organisationen, Klagen der Bevölkerung und statistische Zahlen an.

Wissenschaftsrat Dokumentation: Wie denkt man sich die soziale Ausbildung in der Zukunft.

Entschädigungsämter, Rechtsanwältinnen und Sozialgerichte brauchen Unterlagen, ob Organisationen und Einrichtungen, die in bestimmten Zeiten tätig waren, behördlichen oder Vereins-Charakter trugen.

Hierzu gehören z. B. Anfragen nach Voraussetzungen, die Sozialarbeiterausbildungsbestimmungen in den Jahren 1933–1945 betreffend, welche Zusagen Lehrschwestern in Krankenhäusern gemacht wurden und welche Vergütungen in diesen Jahren gezahlt wurden.

Regierungsbezirke, Städte, Landeswohlfahrtsverbände suchen Beispiele, wenn sie neue Einrichtungen begründen oder unterstützen wollen, z. B. Häuser der Familie, Hilfseinrichtungen für Alte, insbesondere auch Alleinlebende (Silberfisch, Rotes Quadrat usw.)

Senatskanzlei: Welche Hilfsmöglichkeiten bestehen für wegen seiner Mischehe in Südafrika nicht mehr tragbaren Landwirt.

Justizsenator, Stiftungsabteilung fragt häufig nach Stiftungen, die entweder nicht mehr existent sind oder früher bestanden haben, ohne, daß man über ihre Auflösung unterrichtet ist.

Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport Wie weit ist die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen Freiheitsentzug.

Arbeitsamt erbittet Zusammenarbeit bei der Vermittlung Schwerbeschädigter.

Arbeiterwohlfahrt Material über die Geschichte der AW anläßlich des 50jährigen Bestehens.

Für Akademiker wird gefragt, ob tatsächlich die volle Weihnachtsgratifikation zurückgezahlt werden muß, wenn das Ausscheiden am 31. 3. eines Jahres erfolgt. Betrieb zahlt nach BAT.

*Organisationen,
Behörden und
Privatpersonen*

Für die Gestaltung von Merkblättern, Hausordnungen, Verträgen werden ständig Muster verlangt. Besonders zahlreiche Anfragen sind über Altenpläne, die Situation alter Menschen in den einzelnen Städten oder Kreisen beantwortet worden.

suchen in steigendem Maße Hilfe bei der Unterbringung von Behinderten jeglicher Art und aller Altersgruppen. Bei dem bekannten Platzmangel mußten unkonventionelle Hilfswege gesucht werden.

Angehörige sozialer Berufe wandten sich an das Institut, wenn sie glaubten, daß die Behörde ihre Ansprüche gegenüber geschiedenen Ehemännern oder nichtehelichen Vätern nicht hinreichend durchsetze.

Dipl.-Ing.: „Gibt es eine Bundesentschädigung“ Härtefonds für rassistisch verfolgte Nichtgläubensjuden; welche Leistungen werden erbracht.

Anfrage nach Sozialversicherungsverhältnis bei Beschäftigung im Ausland.

Beratung des Autors für die Denkschrift zur Errichtung des Deutschen Zentrums für Altersfragen.

fragen immer, wenn Geld erbeten wird und wenn Kindergärten oder eine Betriebsfürsorge eingerichtet werden soll, eine Unterstützungskasse oder eine Kantine neu gestaltet wird. An Zahl zunehmende Anfragen nach Organisationen, deren Aufgaben z. Z. besonders dringlich sind; gleichzeitig Zunahme von Anfragen, welchen Institutionen man testamentarisch Geld zuwenden sollte.

*Firmen und
Wirtschafts-
verbände
(s. a. S. 8)*

Firma erkundigt sich wegen Betriebsberatungen, insbesondere über eine solche Beratungs-firma.

Soweit Mitarbeiter für die betriebssoziale Arbeit, auch Praktikanten gesucht werden, hat es sich eingebürgert, nachzufragen, ob geeignete Kräfte bekannt sind.

Professor brauchte für die Errichtung des sozialen Lehrstuhls an der Universität Konstanz von europäischen und überseeischen Ländern die Angabe der wichtigsten Fachzeitschriften.

*Professoren,
Sozialschulen,
Sozialarbeiter,
Berufsverbände*

Für die Ausgabe von Seminar- und Dissertationsarbeiten, für die Gestaltung von Vorlesungsreihen, für Besichtigungen und Studienreisen, für ganze Fortbildungsprogramme werden ständig Hilfen erbeten. Die Arbeit in dieser Sparte nimmt in jedem Jahr zu.

Die in- und ausländischen Betreuer ausländischer Gastarbeiter besuchen das Institut, um zu erfahren, welche anderen Gruppen in ähnlicher Weise wie sie selbst arbeiten, kurz, welche Anregungen sie mitnehmen könnten; ein Industriebetrieb erbat Beratung hinsichtlich der Gestaltung seiner Fürsorgearbeit für die Gastarbeiter.

*Betreuung ausl.
Gastarbeiter*

Bei internationalen Erhebungen sind dem Institut verschiedentlich die Fragebogen übermittelt worden und es hat die Ausfüllung direkt oder mittelbar für die Angefragten übernommen.

Fragebogen

Soziale Veröffentlichungen werden von den verschiedensten Stellen herausgegeben. Häufig wird das Institut als Lektor tätig; für andere Veröffentlichungen werden ergänzende Literatur, Bilder u. a. bereitgestellt.

Lektorentätigkeit

Die vielfältigen Verbindungen des Instituts führen dazu, daß diejenigen, die eine bestimmte Tätigkeit suchen und Arbeitgeber, die bestimmte Plätze mit entsprechenden Kräften besetzen wollen, fragen, ob uns geeignete Persönlichkeiten bzw. Stellen bekannt sind. Diese Arbeit, die in enger Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt geschieht, ist erfreulich; sie führt vielfach zu dem gewünschten Ergebnis.

Spendenwesen Einen breiten Raum nehmen in jedem Jahr die Auskünfte über die Förderungswürdigkeit sozialer Einrichtungen ein; sie werden heute noch überwiegend von der Wirtschaft, aber in jedem Jahr steigend von privater Seite erbeten.

Beratung der Wirtschaft Immer wieder wird gebeten, Listen förderungswürdiger Einrichtungen zu veröffentlichen oder zur Verfügung zu stellen, Bitten, denen in dieser Form aus Rechtsgründen nicht entsprochen werden kann. Das Institut bietet jedem Empfänger von Spendengesuchen die Möglichkeit, sich über die werbende Einrichtung zu erkundigen.

Soweit es sich um die Mitglieder des Arbeitskreises Spendenwesen handelt, über den weiter unten noch berichtet wird, geschieht die Unterrichtung häufig im Wege sogenannter „Schlüsselbriefe“, die schematisch den großen Interessentenkreis informieren.

Die Gesetzgebung im Sammlungswesen hat 1969 bzw. Anfang 1970 ihren Abschluß gefunden; in der Zeitschrift „Soziale Arbeit“ Nr. 1, 1970, ist allen Interessenten in einer Abhandlung Dr. Strathmann/Dr. Quast eine Darstellung des nunmehrigen Rechtszustandes und eine Übersicht über die vielfachen Mißbräuche gegeben.

Es ist kaum zu verstehen, daß bei der großen Zahl bekanntgewordener Betrugsfälle immer noch Bereitschaft besteht, Mittel herzugeben, ohne sich vorher zu erkundigen.

Für einen Verband und mehrere Firmen übernahm das Institut Vorschläge für die Verteilung von Summen, die diese für soziale Zwecke zur Verfügung stellten.

Arbeitskreis Spendenwesen Die Beratung der gewerblichen Wirtschaft in Spendenfragen wird vom Institut seit 1908 durchgeführt. Seit 1953 geschieht sie in Verbindung mit dem Arbeitskreis Spendenwesen der deutschen gewerblichen Wirtschaft, dessen Fachmitglied das Institut ist.

Wie bisher muß gesagt werden, daß von 100 Spendengesuchen mindestens 40 – der neue Arbeitsbericht des Arbeitskreises Spendenwesen spricht sogar von 80 – nicht empfohlen werden können.

Die 200. Sitzung fand in den Räumen des Instituts statt; der Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales gab den Mitgliedern einen Empfang.

Im Herbst hatte die Firma Bosch, Stuttgart, eine Reihe von großen Firmen eingeladen. Hier hatte das Institut Gelegenheit, die Fragen des Sammlungswesens und der weiteren Zusammenarbeit persönlich zu besprechen und neue Beziehungen anzuknüpfen.

Internation. Kommission für Spendenordnung 1968 fand in Amsterdam die Zusammenkunft der Internationalen Kommission für Spendenordnung, der das Institut über den Arbeitskreis Spendenwesen angehört, statt. Wie in jeder der zweijährig stattfindenden Zusammenkünfte ist neben einem Erfahrungsaustausch gemeinsames Vorgehen gegen unreelle Werbung Gegenstand der Beratung gewesen.

Die Planung und Vorbereitung von Studienreisen für höhere Fachschulen für Sozialarbeit, die in jedem Jahr erfolgen und für jede Gruppe eine Führung durch das Institut einschließen, erscheinen in jedem Arbeitsbericht. **Studienreisen**

1969 wurden die Studienreisen für die Landeshauptmann-Salzmann-Schule Bielefeld und die Ellen-Ammann-Schule, München, nach Berlin vorbereitet. Für die Höhere Fachschule des DRK in Hagen wurde eine Studienreise in die Türkei (sie läuft im Juni 1970 ab) vorbereitet.

Wir empfangen auch die staatliche Fachschule für Erzieher in der Jugendhilfe aus Schleswig zu einem Informationsbesuch im Institut.

Sozialarbeiter wollte für eine Studienreise durch Indien, die Türkei und den Iran Organisationen, auch deutsche, genannt haben, an die man sich in Notfällen halten kann.

Zahlreiche prominente Besucher aus europäischen und überseeischen Ländern u. a. aus Südafrika und Indien – empfing das Institut für das Bundespresse- und Informationsamt und den Deutschen Akademischen Austauschdienst. **Besucher aus dem in- u. Ausland**

Alle wurden beraten, vielen Material zur Verfügung gestellt und laufende oder einmalige Materialübersendung versprochen.

Die gestellten Fragen berührten alle Sozialgebiete, auch Organisations- und Methodenfragen sowie Probleme der Ausbildung und Frauenfragen.

Australischer leitender Bewährungshelfer erbat und erhielt ein Programm für eine Studienreise, um vorbildliche Einrichtungen der Strafgefangenen- und -entlassenenhilfe kennen zu lernen.

Südafrikanischer Regierungsbeamter brauchte Programm für seine Reise durch die Bundesrepublik Deutschland. Stellung eines Dolmetschers, Vermittlung von Interviews zu vielen Fragen in vielen Städten.

Hochschule für Frauen, Antwerpen. Hatte in ihrem Programm eine Besichtigung unseres Instituts und wünschte Sozialmaterial, um ihre angehenden Dolmetscher auch auf diesem Gebiet informieren zu können. In Belgien ist sie bereit, für uns unentgeltlich zu dolmetschen.

Von der katholischen Universität in Quito/Ecuador, kamen, von einer spanischen Dolmetscherin begleitet, 28 Professoren und Studierende, mit denen zum Teil weitergehende Arbeitsbeziehungen vereinbart wurden.

Von den Mitarbeitern von Frau Indhira Gandhi war eine Besucherin besonders an Frauenfragen interessiert und an der Möglichkeit, Frauen Informationen auf den verschiedensten Sozialgebieten in leicht verständlicher Form nahezubringen. Seit dieser Zeit erhalten wir auch die Zeitschriften der indischen Frauenbewegung.

Ein Angehöriger des japanischen Wohlfahrtsministeriums wurde auf einer privaten Informationsreise beraten und mit Material versorgt.

Jugoslawischer Sozialarbeiter wollte wissen, wie die Rehabilitation in der Bundesrepublik Deutschland geregelt ist.

Kanadierin suchte für mehrere Jahre ein geeignetes Landschulheim für einen Sohn, da sie häufig versetzt werden und gegenwärtig in ein Land mit unzureichenden Schulbildungsmöglichkeiten gehen.

Führungen durch das Institut und seine Sammlungen sind begehrt; sie werden für neu eintretende Klassen an Sozialakademien, Gruppen an Volkshochschulen, Frauengruppen, auswärtige Schulen, eigentlich für alle Sozialinteressierten veranstaltet. **Führungen**

**Presse, Funk
Fernsehen,
Öffentlich-
keitsarbeit**

Das Institut ist mit seiner umfassenden Arbeit und Beratungstätigkeit immer darauf angewiesen, einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen, in wie vielfältiger Weise man sich die Arbeit zunutze machen kann.

So ist seit der Begründung eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit betrieben worden. Auch 1969 sind zahlreiche Interviews dem NDR, dem WDR, dem Bayerischen Rundfunk und dem Südwestfunk sowie dem ZDF gegeben worden.

Der WDR führte ein telefonisches Interview zur Frage der Alterswerkstätten. Zweites Deutsches Fernsehen. Hobbywettbewerb bei einzelnen Firmen und Organisationen für Sendungen.

Interview für die Reihe „Politikerinnen und Frauen der Öffentlichkeit“.

Über Funk und Fernsehen ist in einer Reihe von Interviews der Versuch gemacht worden, neben der Wirtschaft die breite Öffentlichkeit über die an Zahl zunehmenden unreellen Werbungen einschließlich der sogenannten Patenschaftswerbungen zu informieren.

Für die Presse ist das Institut eine nie versiegende Informationsquelle in allen Fach- und Randfragen. Die Presse informiert sich ständig, welche Probleme sich besonders zur Diskussion in ihren Organen eignen.

**Ältere helfen
Alten**

Die im Oktober 1968 gestartete Hilfsaktion „Ältere helfen Alten“ ist 1969 weiter gelaufen, aber nicht durch besondere Veranstaltungen erneut in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht worden; dies ist für 1970 in Aussicht genommen. Nichtsdestoweniger hat diese Arbeit im Fernsehen in einer Reihe über die zweckmäßige Abfassung des Testaments eine Auswirkung erfahren; ein juristischer Mitarbeiter des Instituts führte sie im Rahmen der Sendung „Mosaik“ des ZDF durch.

Im Rahmen eines Lehrgangs für ehrenamtliche Sozialhelferinnen wurde die Idee „Ältere helfen Alten“ auch den Altenpflegerinnen und -helferinnen des DPWV nahegebracht.

Im Gerichtsverfahren wegen der Schließung eines privaten Altersheims ist die Geschäftsführung als Zeuge geladen worden.

**Wem sollen
wir geben?**

Am 22. 10. 1969 wurde die jährliche Pressekonferenz zur Frage der Spendenberatung unter dem üblichen Titel „Wem sollen wir geben?“ veranstaltet. Sie fand erheblichen Widerhall in Funk und Presse und führte zu zahlreichen Anfragen aus der Bevölkerung.

Für die Rotarier ist Anfang des Herbstes von dem Leiter des Berliner Rotary Clubs veranlaßt, ein Rundschreiben an alle Governors herausgegangen, das ihnen riet, vor jeder Förderung einer Sozialeinrichtung Rückfrage beim Institut zu halten. Auch dieses Rundschreiben hatte eine erhebliche Resonanz.

Zur Öffentlichkeitsarbeit rechnet auch die regelmäßige Herausgabe des Arbeitsberichtes und die Neufassung der Prospekte.

Im Herbst 1969 sprach die Geschäftsführung über **Sammlungsmißbräuche** gelegentlich einer Mitgliederversammlung der Zentralvereinigung der Berliner Arbeitgeberverbände.

Teilnahme an der Beiratssitzung des DPWV in Frankfurt/M. am 29. 3. 1969. Referent für Fragen des Sammlungswesens, Beratung der Landesvorsitzenden.

Großen Umfang hat die Tätigkeit aus eigener Initiative

Eigene Initiative

Die Zeitschrift „Soziale Arbeit“ ist mit ihrer Oktobernummer in ihrer äußeren Gestalt modernen Auffassungen angepaßt worden. Zugleich sind neue Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in die Redaktion eingetreten. Die Umgestaltung ist auch im Hinblick auf das Deutsche Zentrum für Altersfragen, dessen Gründung für November 1969 beabsichtigt war, geschehen. Die Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Institut und dem Zentrum soll sich nicht nur auf die Übernahme der Dokumentation und Auskunfterteilung des Zentrums beschränken, sondern die Zeitschrift „Soziale Arbeit“ ist als Organ der Arbeitsergebnisse des Zentrums vorgesehen.

Soziale Arbeit

Die Zeitschriftenbibliographie, die aus allen gelesenen Fachzeitschriften monatlich erstellt wird, gibt einen lückenlosen Nachweis der Fachabhandlungen auf allen sozialen und sozialverwandten Gebieten; sie ist für den wissenschaftlich Interessierten unentbehrlich.

Zeitschriftenbibliographie

Die Schriftleitung tagte 6mal und beschäftigte sich mit dem Programm und der Gestaltung der einzelnen Nummern.

Hauptschriftleitung ist Dr. Sofie Quast.

Von den wichtigen Abhandlungen des 18. Jahrgangs nennen wir:

Arbeitnehmerfonds mit unbefristeter Beteiligung am Gewinn aller größeren Unternehmen. Anteile der Arbeitnehmer an diesem Fonds, Dr. Werner Strathmann

Geistig Zurückgebliebene in Schweden

Resozialisieren – eine gesellschaftspolitische Aufgabe, Alfhard Kowallek

Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Einrichtungen, Beigeordn. Dr. Brisch

Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit zwischen betrieblicher Sozialarbeit und freier Wohlfahrtspflege, Lenore Riedrich

Die Kluft zwischen Theorie und Praxis in unserer Heimerziehung, Dr. phil. Werner Weiland

Mitdenken – Mitentscheiden – Mithandeln, Sigurd Agricola

Rehabilitation und Fürsorge für die Behinderten in Großbritannien

Ausbildung zur Sozialarbeit auf verschiedenen Ebenen, Dir. Dr. Martha Krause

Aus- und Fortbildung für die Sozialarbeit von morgen, Dr. Albrecht Müller-Schöll

Mitbestimmung in Großunternehmen, Dr. Werner Strathmann

Sulzidversuche von 14- bis 18jährigen Mädchen und die daraus erwachsenen fürsorgerischen Aufgaben, Ulla Kröger

Fundraising in Europe (Spendenwerbung in Europa), Dr. Klaus Neuhoß

Die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz, Präsident Josef Stingi

Zweites Gesetz zur Änderung des BSHG, Reg.-Dir. a. D. Gerhard Martin

Berufliche Erwachsenenbildung in Frankreich, J. Hermann

Das neue Recht der nichtehelichen Kinder und deren Eltern, Dr. Werner Strathmann

Das Davonlaufen, Dr. Werner Weiland

Der Dienst des anerkannten Kriegsdienstverweigerers, Reg.-Rat Jürgen Haberland

Rauschgiftmißbrauch bei Jugendlichen – zur heutigen Situation in West-Berlin, Dr. med. Dietrich Kleiner

**Betriebs-
fürsorge
Veran-
staltungen
Rundbriefe**

Die Arbeitsgemeinschaft Betriebsfürsorge wurde auch 1969 mit 8 Sitzungen durchgeführt; sie ist Aussprache- und Fortbildungsmöglichkeit für alle in der betrieblichen Sozialarbeit Tätigen. 1969 wurden an die in Berlin und in der BRD in der Werkfürsorge Tätigen 2 Rundbriefe versandt; sie enthielten Hinweise und Besprechungen einschlägigen Materials, so daß jeder Empfänger selbst entscheiden kann, welche Nummern er durchsehen möchte. Alles Aufgeführte steht im Benutzerverkehr zur Verfügung.

Themen: Straftlassenenfürsorge und Strafvollzug – Umgestaltung der sozialen Ausbildung – Neue Probleme der Altersfürsorge – Sozialarbeit im Wandel – Das neue Nichtehe-lichenrecht – 2. Gesetz zur Änd. des BSHG – Arbeitsförderungsgesetz – Geplantes Zentrum für Altersfragen – Sammlungsprogramme.

Die Geschäftsführung nahm an dem Colloquium der **Adolf-Weber-Stiftung** in München, die Fragen der Sicherheit und der Änderungsbedürftigkeit der Sozialversicherung behandelte, am 21./22. 5. 1969 teil.

Unterricht Regelmäßige Unterrichtsverpflichtungen wurden für

- a) Schwesternhochschule der Diakonie,
Sozialwesen, Jugendwohlfahrt, Sozialpolitik
- b) Lettehaus, Seminar für Hauswirtschaftsleiterinnen,
Soziologie
- c) Akademie für Arbeitsmedizin,
Vorlesungsstunden
- d) Stationsschwesterkurs des Evang. Diakonie-Vereins

übernommen.

Dank Vorstand und Geschäftsführung danken den Mitarbeitern für Hingabe und Pflichtgefühl.

Dem Vorstand, den Mitgliedern des Beirats, des Fördervereins und den Freunden sowie den in- und ausländischen Korrespondenten soll an dieser Stelle gedankt werden für alle Hilfe, die sie im abgelaufenen Jahr leisteten.

**neue
Mitglieder** 1969 wurden 5 neue Mitglieder gewonnen; unter ihnen 2 Firmen, eine Sozialorganisation, eine deutsche Sozialarbeiterin und ein ausländischer Sozialarbeiter.